



01.06.2017

**Anregungen und Informationen
an die
Mitglieder des Komitees
«Nein zum schleichenden EU-Beitritt»
für Leserbriefe und
persönliche Stellungnahmen**

Was hat die Schweiz in Brüssel verloren?

Die EU bleibt eine Diebstahl-Union

Brüssel versucht krampfhaft, die nicht mehr zu bewältigende Überschuldung einer Grosszahl von EU-Mitgliedländern totzuschweigen. Die Überschuldungskrise bleibt damit allerdings ungelöst.

Der Europäischen Zentralbank (EZB) unter Mario Draghi bleibt weiterhin nichts anderes übrig, als die sich weiter auftürmenden Schulden mittels Notenpresse (in Wahrheit natürlich mittels rein «künstlichem», da ungedecktem Buchgeld) zu «decken» – und für die daraus resultierenden Zinslasten die Null- bzw. Negativzins-Politik rigoros durchzusetzen.

Überschuldungskrise bleibt ungelöst

In Wahrheit bedeutet dies: Mittels von oben angeordneter «Zinsnullung» werden die Schuldner notdürftig vor dem andernfalls unausweichlich eintretenden Bankrott bewahrt. Den Schaden tragen die ehrlichen, soliden Sparer. Sie werden buchstäblich all ihrer Früchte in Form von Zinsen auf ihren Ersparnissen beraubt – beziehungsweise mittels Negativzinsen faktisch ausgeplündert. Die ruchlosen, eigentlich hinter Schloss und Riegel gehörenden Schulden-Verursacher berauben obrigkeitlich gedeckt die ehrlichen Sparer.

Trotzdem nimmt die Überschuldung weiter zu – einem Krebsgeschwür vergleichbar. Die faktische Hauptlast trägt Deutschland. Die Guthaben der Deutschen Bundesbank aufgrund nicht erfolgter – weil unmöglich zu leistender – Ausgleichszahlungen seitens der Zentralbanken der EU-Mitgliedländer aufgrund der Exporterfolge Deutschlands betragen demnächst eine volle Billion Euro (€ 1 000 000 000 000) – eine Summe, die gewiss nie mehr eingebracht werden kann. Sie wird von der Bundesbank trotzdem – um das Überschuldungs-Kartenhaus nicht zum Einsturz zu bringen – als «Guthaben» in der Bilanz geführt.

«Institutionelle Anbindung» der Schweiz

Und an diese am Abgrund des Schuldensumpfes dahintaumelnde EU soll die Schweiz nach dem Willen des brüsselsüchtigen Bundesbern «institutionell angebunden» werden. Mit einem als «Rahmenvertrag» getarnten Unterwerfungsabkommen.

Nach wie vor behauptet Bundesbern – mit Economiesuisse im Schlepptau (mit jener Organisation also, die sich in der Energieabstimmung, in der es um den «Treibstoff für die Wirtschaft» ging, aus eigener Kraft zur Sprachlosigkeit verurteilt hat) – unablässig: Ohne diesen Rahmenvertrag drohe der Schweiz unausweichlich die totale «Isolierung» in Europa.

Personenfreizügigkeit als Zerfallsursache

Dass die scheinbar unlösbare Krise der EU zur Hauptsache auf die von den Brüsseler Funktionären stur durchgesetzte Personenfreizügigkeit zurückzuführen ist, blenden Bern und Brüssel einvernehmlich aus. Obwohl vor allem das sture Festhalten an dieser

die verderbliche Masseneinwanderung anfeuernde Personenfreizügigkeit sowohl den Brexit als auch den Aufstieg von die EU torpedierenden Parteien in fast allen EU-Mitgliedsländern ausgelöst hat. Davor verschliessen sich zu Brüssel weiterhin alle Augen.

Entsprechend wuchert das Siechtum der rettungslos überschuldeten EU weiter: Italien sitzt auf einem faktisch bankrotten Bankensystem. Es kann allein noch durch virtuelle, deckungslos auf Papier geschriebene Stützungszahlungen aus der völlig leeren, gefährlichst überschuldeten Staatskasse am Leben gehalten werden, wofür auf Gedeih und Verderb Null- und Negativzinspolitik dekretiert werden muss.

Griechenlands Überschuldungskrise bleibt völlig ungelöst; ja, sie steuert gar neuen Konflikten entgegen.

In Frankreich hält die Ent-Industrialisierung aufgrund des für Paris ganz einfach zu starken Euro an – trotz aufgegangenem Macron-Stern.

Deutschland kann sich zwar erneut als Export-Weltmeister feiern. Die EU-«Kunden» von Deutschlands Wirtschaft können vielfach jedoch bloss mit Geld zahlen, das ihnen Deutschland in scheinbar unermesslichem Ausmass zur Verfügung stellt – theoretisch als Darlehen, faktisch als à fonds perdu-Leistung.

Mit Wahrheitsverdrehung in die EU?

Doch Bundesbern behauptet weiterhin, dass die Schweiz ohne «institutionelle Anbindung» an das todkranke Brüsseler Schuldengeflecht kaum überleben könne.

Es tischt dafür weiterhin die längst als Unwahrheit entlarvte Behauptung auf, wonach die Personenfreizügigkeit unantastbar bleiben müsse, weil andernfalls «die Bilateralen» wegfallen würden.

Damit erfolgt in zweierlei Hinsicht vorsätzliche Wahrheitsverfälschung: Zwar würde die Kündigung des Vertrags zur Personenfreizügigkeit tatsächlich sechs weitere Verträge, die mit der Personenfreizügigkeit per «Guillotine» verbunden sind, beeinträchtigen. Faktisch müssten Neuverhandlungen erfolgen. Denn einzelne dieser sechs weiteren Verträge, insbesondere der Transitvertrag, sind für mehrere EU-Staaten derart unverzichtbar, dass sie mit deren Wegfall nie einverstanden sein werden: Sowohl in Italien als auch in Belgien, Holland und Norddeutschland hängt die Wirtschaftsentwicklung

(und damit auch die Speisung der Staatskassen) eng mit dem dort markant operierenden Speditionsgewerbe zusammen. Dieses ist existentiell auf günstigen Alpen transit angewiesen. Würden Brüssels Funktionäre in uneinsichtiger Sturheit diese Verträge annullieren, würden ganze Landstriche davon einschneidend betroffen.

Völlig unwahr ist weiter die Behauptung, der Wegfall der Personenfreizügigkeit würde die Schweiz des Zugangs zum Europäischen Binnenmarkt berauben. Dieser Zugang wurde ausgehandelt im Freihandelsvertrag von 1972. Dieser Vertrag ist nicht an die Personenfreizügigkeit gebunden, untersteht also keinerlei Guillotine. Er ist vielmehr solide abgesichert durch sowohl von Bern als auch von Brüssel unterzeichnete WTO-Bestimmungen, die beispielsweise ein kategorisches Diskriminierungsverbot enthalten.

Würde das für ganz Europa verderbliche Konstrukt der Personenfreizügigkeit endlich von vernünftigen Köpfen neu beurteilt, dann bestünde selbst für die EU eine Chance, dem Schlamassel, in das sie von Brüssels Funktionären hineingetrieben worden ist, ent-rinnen zu können. Und würde in Bundesbern vernünftiger Beurteilung der Wirtschafts-entwicklung endlich eine Chance gegeben, dann wäre der Weg zu einer Wirtschafts-ordnung auf der Grundlage von Freihandelsverträgen frei, aus der die Brüsseler Funk-tionäre zwar weniger Tribute einheimen könnten, die den Völkern in Europa aber ein Fundament für eine solide, wachsenden Wohlstand sichernde Wirtschaftsentwicklung sichern würde.

EU-No/us

www.eu-no.ch
www.ue-non.ch
www.ue-no.ch